

Pressemitteilung

SPERRFRIST: 6.12.2018 – 13 UHR

DIE KONKURRENZ SCHLÄFT NICHT, SIE SPIONIERT.

Jedes dritte kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland war schon einmal von Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung betroffen. Täter sind ausländische Staaten oder Konkurrenzunternehmen.

Wissenschaftler-Team des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (Freiburg) und des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (Karlsruhe) stellt europaweite Untersuchung vor.

Maßnahmenkatalog soll Kooperation von Unternehmen und Ermittlungsbehörden erleichtern.

Gesetzlicher Rahmen in Deutschland nicht mehr zeitgemäß.

Nicht nur die Global Player können Opfer sein – auch jedes dritte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland war in der Vergangenheit schon von Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung betroffen. Täter können ausländische Staaten, Wettbewerber oder die eigenen Mitarbeiter sein. 20 % der Unternehmen haben keine Strategien zur Entdeckung oder Abwehr von Angriffen auf ihr Know-how entwickelt und wären auf einen solchen Fall nicht vorbereitet. Das sind einige der Ergebnisse des Forschungsprojekts WISKOS (Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa), das ein Forschungsteam des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (MPIICC) in Freiburg und des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI) in Karlsruhe gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt (BKA), dem Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg und der Sächsischen Hochschule der Polizei durchgeführt hat. Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

KMU stellen in Deutschland die meisten Arbeitsplätze und gelten als Garant für das Wirtschaftswachstum. Sie entwickeln wertvolles und begehrtes Know-how, das bei der Konkurrenz oder anderen Staaten Interesse weckt. Die WISKOS-Studie von MPIICC und Fraunhofer

ISI ergab, dass über alle Branchen hinweg jedes dritte Unternehmen bereits von einem Spionage- oder Ausspähungsvorfall betroffen war, von einem Verdacht auf einen Angriffsversuch berichtete sogar jedes zweite Unternehmen. Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die Bedrohung besteht gleichermaßen von innen, etwa durch unzufriedene oder ehemalige Mitarbeiter, wie von außen, etwa durch Cyberspionage. *„Die Ergebnisse unserer Befragungen zeigen, dass sich kein Unternehmen sicher fühlen kann. Es kann alle Branchen und allen Unternehmensgrößenklassen treffen“*, erklärt Dr. Esther Bollhöfer, die am Fraunhofer ISI für das Projekt verantwortlich war.

Dennoch fehlt es gerade bei den kleinen Unternehmen an Präventionsstrategien: Jedes fünfte Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten gab an, keine Strategie gegen physische Spionage zu haben, und auch nur wenige mehr verfügen über ein Präventionskonzept gegen Cyberspionage. Erschwerend kommt hinzu, dass sich viele Unternehmen scheuen, sich bei einem Spionage-Verdacht externe Unterstützung zu suchen. *„Es gibt bislang keine Standard-Vorgehensweise. Es herrscht in den Unternehmen eher große Unsicherheit beim Thema Spionage mit einem doppelten Dunkelfeld“*, sagt Werner Heyer vom LKA Baden-Württemberg.

Grundsätzlich können sich die Betriebe eine Kooperation mit den Behörden gut vorstellen, so die Untersuchung – klare Zuständigkeiten und ein vertrauensvolles Verhältnis vorausgesetzt. *„Gegenseitiges Vertrauen entsteht vor allem durch Kommunikation und Kooperation. Bestehende Zusammenarbeitsplattformen zwischen Polizei und Unternehmen sind daher zu stärken und auszubauen. Auf diese Weise entstehen Kooperationsstrukturen und -mechanismen, die im Schadensfall ein schnelles und vertrauensvolles Handeln und Zusammenwirken ermöglichen“*, erläutert Albert Märkl, Leiter des Kriminalistischen Instituts des BKA. *„Denn Strafverfolgungsbehörden können nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie schnellstmöglich Kenntnis von den Schadensfällen erhalten.“*

Neben einer Analyse des Hell- und Dunkelfeldes beim illegalen Know-how-Abfluss hat das Wissenschaftsteam von MPICC und Fraunhofer ISI Leitfäden mit praktischen Empfehlungen für Unternehmen, Wissenschaftsorganisationen und Polizeibehörden erstellt. Sie sollen für dieses Kriminalitätsphänomen sensibilisieren sowie über Präventionsmaßnahmen und das Vorgehen nach einem Vorfall informieren. *„Durch die langjährige Studie und die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind wir in der Lage, sowohl den Unternehmen als auch den Ermittlungsbehörden praktische Leitfäden in die Hand zu geben, die ihnen bei der Prävention und der Aufklärung solcher Delikte helfen und Hürden bei der Kooperation abbauen“*, sagt Susanne Knickmeier, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPICC.

Die rechtlichen Analysen liefern darüber hinaus Hinweise für den Gesetzgeber zu einer Überarbeitung des derzeitigen gesetzlichen Rahmens. Hier erscheint insbesondere die strikte Trennung von Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung nicht mehr zeitgemäß. *„Sie ist aus Sicht der betroffenen Unternehmen irrelevant und im Hinblick auf eine effektive Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung nicht zielführend“*, betont Dr. Michael Kilchling, wissenschaftlicher Referent am MPICC.

Das WISKOS-Projekt im Überblick:

Im Projekt WISKOS wurden neben einem Vergleich der Rechtslage in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie der Schweiz (Modul 1) in einer Mehrebenen-Evaluation das Hellfeld (Modul 2) und das Dunkelfeld (Modul 3) unter anderem im Hinblick auf Konsequenzen von Angriffen für KMU, Verdachtsfaktoren sowie potentielle Täter und ihre Modi Operandi analysiert, um auf dieser Grundlage innerbetriebliche Präventions- und Verfolgungsstrategien zu entwickeln.

Modul 1: Länder-Screening

- Landesberichte aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten und der Schweiz zu den rechtlichen Regelungen, dem verfahrensrechtlichen Rahmen und statistischen Basisdaten

Modul 2: Mehrebenen-Evaluation

- Literatur- und Dokumentenanalyse
- Strafaktenanalyse (n=713 Strafakten zu Fällen der Konkurrenzausspähung aus Deutschland)
- Exemplarische Fallstudien (n=50 Fallstudien aus Bulgarien, Dänemark, Österreich, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich)
- Experteninterviews (n=62 mit Vertretern von Behörden, KMU, Kammern, Verbänden, Wissenschaftsorganisationen in Deutschland sowie Bulgarien, Dänemark, Österreich, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich)

Modul 3: Dunkelfeldbefragung

- Erhebung Modernisierung der Produktion 2015 (n= 1.282 Betriebe)
- Erhebung bei produzierenden Betrieben und industrienahen Dienstleistern bis zu 250 Mitarbeiter 2017 (n=583 Betriebe)

Umfangreiche Materialien inklusive Handlungsleitfäden sowie weitere Informationen finden Sie unter <http://wiskos.de>.

Für Fragen und Anliegen stehen Ihnen unsere Pressesprecherinnen zur Verfügung:

Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Strafrecht
Anna Schaich
+49 – (0)761 – 7081-273
a.schaich@mpicc.de

Fraunhofer-Institut für System- und
Innovationsforschung
Anne-Catherine Jung
+49 – (0)721 – 6809-100
Anne-Catherine.Jung@isi.fraunhofer.de



Bundeskriminalamt



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT



MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung